

FORUMRECHT

Aufruf zum Heft 1/2018: Crime

Redaktionsschluss: 06.11.2017

Ansprechpartner: aufruf@forum-recht-online.de

Breiter, schneller, schärfer:

So könnte man die Strafrechtsentwicklung in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit schlagwortartig beschreiben.

Der Bauchumfang wächst stetig durch das Hinzukommen neuer Strafvorschriften und durch systematisches Auffüllen von (mitunter vermeintlichen) Lücken. Die Geschwindigkeit steigt durch vorverlagerte Strafbarkeit. Vorfelddatbestände mutieren von der Ausnahme zur Regel. Und der Gaumen des Gesetzgebers tendiert zu Verschärfungen.

Nach einem ausgiebigen Ausschlag Richtung Prävention und Resozialisierung, schlug das Pendel des Strafzwecks spätestens mit Beginn der 80er Jahre zurück zum wiedererstarteten Sühnegedanken: In den Vollzugsgesetzen der Länder ist das Hauptziel der Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten. Die Möglichkeiten zur Sicherungsverwahrung wurden konsequent ausgebaut, während Entlassungsvorbereitung und Resozialisierungsmaßnahmen abgebaut wurden. Der Terminus der „Bekämpfung“ von Kriminalität ist ein häufig gesehener Gast in den Gesetzesbegründungen der vergangenen Jahrzehnte: mit dem klaren Ziel, der Bevölkerung wohlige subjektive Sicherheit zu vermitteln.

Betrachtet man die Reaktionen des Gesetzgebers auf politische und gesellschaftliche Verunsicherung als körperlichen Vorgang, so kann wohl von einer reflexhaften Reaktion mit einer Tendenz zum Zwanghaften gesprochen werden: Das Strafrecht als Mittel der Wahl. Einfach, kostengünstig und vermeintlich effektiv.

Effektivität stellt sich auch ein durch eine Ausweitung der Eingriffsbefugnisse der Strafverfolgungsbehörden einerseits und der Eingrenzung der Beschuldigtenrechte andererseits, bei gleichzeitiger Entformalisierung des Strafverfahrens. Der ursprüngliche Normalfall der mündlichen Hauptverhandlung wird zur Ausnahme: Mehr als die Hälfte der anklagefähigen Verfahren wird im Wege des Strafbefehls erledigt.

Auch die „andere Seite“ kann Entwicklungen verzeichnen: Die Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation fordert die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns für arbeitende Gefangene und die Gesetzliche Rentenversicherung für Inhaftierte und strebt die volle Gewerkschaftsfreiheit für Gefangene in deutschen Haftanstalten an.

Wir wollen mit und durch euch einen Blick auf die aktuellen Entwicklungen werfen, die Reflexe untersuchen, einen Blick zurück wagen um Antworten auf das Warum, Wofür und Wie zu finden und freuen uns auf Einsendungen insbesondere zu den untenstehenden Themen. Wie immer sind wir aber auch an anderen Einsendungen passend zum Thema interessiert!

- G20 (Strafbefugnisse / Straftheorie)
- die Reform der Widerstandsdelikte
- Michel Foucault, Überwachen und Strafen
- Die „Reform“ des Sexualstrafrecht
- Die Strafbarkeit des Erschleichens von Leistungen
- Die Verräumlichung von Kriminalität, Gefahrengebiete, Kriminalitäts- belastete Orte
- Recht- und Verfassungsmäßigkeit von Onlinedurchsuchungen
- Der NSU Komplex und die rechtliche Aufarbeitung
- Unbegrenzter „Gewahrsam“ für Gefährder und der Entzug der Staatsbürgerschaft
- Racial Profiling
- Gefängniskritik, Selbstorganisation im Gefängnis, Gefangenen-gewerkschaften

Wir freuen uns über eure Beiträge und bitten darum, wenn ihr einen Artikel einreichen möchtet, vorab mit uns in Kontakt zu treten: aufruf@forum-recht-online.de. Dabei wollen wir auch Interessierte zu einer Erstveröffentlichung in der FORUMRECHT ermuntern.

Vielen Dank,
Eure FORUMRECHT Redaktion.